

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Titel	Seite
Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (I): Schaffung aller Stellen, die von den Amtsleitungen beantragt wurden	2
Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (II): Ballungsraumzulage und kostenloses Jobticket: Ein wirklich attraktiver Arbeitgeber muss deutlich mehr bieten als andere	4
Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (III): (Arbeits-)Platz schaffen für städtische Mitarbeiter statt öffentlichen Grund privatisieren!	6
Betreiberhaftung für Städtische Liegenschaften sicherstellen - 26,5 Stellen im Liegenschaftsamt schaffen	8
Sicherheit im Betrieb - 10 Stellen für die Gewerbeaufsicht	10
Schulverwaltungsamt stärken – Stellenschaffung für Sanierung, Digitalisierung, Immobilienverwaltung u.a.	11
Stellenanträge für das Garten-, Friedhofs- und Forstamt	16
Unbefristete Stellen für den Klimaschutz – alle Stellen aus GRDRs 975/2019 in den Stellenplan übernehmen	18
Personalbedarf für Relaunch der Stuttgarter Website	19
Stellenschaffungen Bezirksamt Vaihingen	20
Stellenantrag Bezirksamt Möhringen	22
Prüfauftrag und Antrag für Personalwohnungen für die Stuttgarter Feuerwehr	24
13,5 Stellen für die Außenkantinen	25
Faktorisierung von Kinderzahlen bei der Eingruppierung von Kita-Leitungen	26
Stellen für Personalgewinnung und –erhaltung und Leitungskräfte in Teilzeit stärken	27
Stellenschaffungen bei der Branddirektion	29
Stellenantrag Bezirksamt Degerloch	32
Erhöhung Sachkostenzuschuss und Sozialprüfungsstelle im Rechnungsprüfungsamt	33
Gesundheitsförderung, -planung und Gesundheitsberichterstattung sind gesetzliche Pflichtaufgaben – Fachärzte benötigen dazu Assistenz!	34
Summe: 19 Anträge	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (I):
Schaffung aller Stellen, die von den Amtsleitungen beantragt wurden**

Wir beantragen:

1. Die Schaffung aller Stellen (ohne kw-Vermerke), welche im Zuge des Doppelhaushalts 2020/2021 von den Amtsleitungen beantragt wurden.
2. Ebenso beantragen wir den Wegfall aller von den Amtsleitungen beantragten kw-Vermerke.

Begründung:

Seit vielen Jahren wird die Kluft zwischen wachsenden Aufgaben und den vorhandenen Personalressourcen immer größer. Dies ist Folge von Personalabbau (in sog. „Haushaltskonsolidierungen“) und einem seit Jahren ausgebremsten Personal-Wiederaufbau, der mit den enorm wachsenden Aufgaben nie Schritt gehalten hat. Das Ergebnis ist eine in vielen Bereichen nur noch eingeschränkt handlungsfähige Verwaltung.

Die stunden- und tageweisen Schließzeiten von Bezirksämtern, der Kfz-Zulassungsstelle und Warteschlangen von Bürger*innen vor der Führerscheinstelle und der Ausländerbehörde sind nur die Spitze des Eisbergs der großen Personalengpässe bei der Stadt Stuttgart.

Diese Situation droht sich dramatisch weiter zu verschärfen, weil in den nächsten 10 Jahren die Hälfte des städtischen Personals aufgrund des Eintritts in den Ruhestand und durch Fluktuation ausscheiden wird. Das bedeutet, dass die Stadt ca. 7000 bis 8000 neue Mitarbeiter*innen zu gewinnen hat.

Auch für den Nachwuchs gibt es nicht genügend Platz und zu wenig Betreuung: Nicht nur, dass sich Auszubildende mit „Katzentischchen“ begnügen müssen, weil kein Platz für weitere Schreibtische vorhanden ist, schlimmer noch: sie können nicht ausreichend ausgebildet werden, da zu wenig Betreuungskapazitäten seitens erfahrener Mitarbeiter*innen bestehen.

Dramatisch ist, dass zu geringe Personalkapazitäten die Abwärtsspirale beschleunigen. Der Zeit- und Arbeitsdruck wird auf die verbliebenen Mitarbeiter*innen immer stärker, erhöhte psychische und physische Belastung führt zu steigenden Krankheits- und Fluktuationsquoten und der Ruf der Stadt Stuttgart als „attraktive Arbeitgeberin“ schwindet dahin.

STADT ALS ARBEITGEBERIN


Darüberhinaus können zunehmend - selbst bereits beschlossene - Stellen nicht besetzt werden, weil in Haupt- und Personalamt, in den Personalabteilungen der Ämter mit eigener Personalverantwortung (sog. DRV-Ämter) nicht einmal im Ansatz genügend Personal vorhanden ist, um Stellenausschreibungen, Bewerberauswahl und Einstellungsformalitäten überhaupt zeitnah abzuwickeln.

Die Arbeitsmarktsituation stellt die Stadt in scharfe Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern, aber auch zu anderen öffentlichen Arbeitgebern. So wird heute schon häufig erfahrenes Personal aus Nachbarkommunen abgeworben, da hier z.T. höhere Eingruppierungen angeboten werden und die Arbeitnehmer*innen eventuell auch noch von kürzeren und damit kostengünstigeren Anfahrtswegen profitieren.

Unter diesem Druck muss die Stadt mit einem qualifizierten Personalentwicklungs-Programm reagieren, damit kann auch ein attraktives Angebot zum Erhalt des bestehenden Personals geschaffen werden.

Eine weitere Folge von Personalengpässen zeigt sich in wachsenden Sanierungsstaus. 800 Millionen Euro sind für Projekte aus Überschüssen bewilligt, können aber nicht abgearbeitet werden, besonders eindrücklich zeigt sich dies an Schulgebäuden. Obwohl die Gelder dafür bewilligt sind, gibt es nicht genügend Personal, die Sanierungen auszuschreiben und zu überwachen.

Jahrzehntelang wurde der Abverkauf städtischen Bodens und städtischer Immobilien praktiziert und ebenso wurde versäumt Eigentum in Rathausnähe zu erwerben (Beispiel Europahaus, das derzeit zu einem Hotel umgebaut wird). Nun ist die Raumnot so groß, dass die Stadt sehr hohe Summen zum Kauf neuer Immobilien aufbringen muss, um ihre Beschäftigten unterzubringen. Die neu gekaufte Torstraße könnte schon jetzt wieder mehrfach belegt werden, obwohl sie noch nicht einmal bezugsfertig ist.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

STADT ALS ARBEITGEBERIN



angeboten werden und die Arbeitnehmer*in eventuell auch noch von kürzeren und damit kostengünstigeren Anfahrtswegen profitiert.

Unter diesem Druck muss die Stadt mit einem qualifizierten Personalentwicklungs-Programm und der Schaffung von guten Arbeitsbedingungen reagieren. Sie muss zwingend überdurchschnittlich attraktive Konditionen anbieten, um Mitarbeiter*innen halten und neue gewinnen zu können.

Städtische Mitarbeiter*innen müssen es sich leisten können, in dieser überdurchschnittlich teuren Landeshauptstadt zu leben und zu wohnen!

Stadt und Stadtrat in München tragen dieser Herausforderung Rechnung und präsentieren sich als attraktiver Arbeitgeber mit einer Ballungsraumzulage und einem kostenlosen Jobticket für städtische Mitarbeiter*innen.

Die tatsächlich letztlich zu veranschlagenden Kosten ergeben sich aus den mit ver.di vereinbarten Attraktivierungsmaßnahmen, eine vorausschauende Einplanung in den DHH ist erforderlich, um die Maßnahmen ohne Zeit-Verzug wirksam werden zu lassen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (III):
(Arbeits-)Platz schaffen für städtische Mitarbeiter statt öffentlichen Grund
privatisieren!**

Wir beantragen:

3. Die Verwaltung ermittelt und benennt vor der 1. Lesung den jeweils erforderlichen Raum- und Flächenbedarf für die im Stellenplan zu beschließenden Stellen. Basis hierfür ist die von den verschiedenen Fraktionen jeweils zur Schaffung beantragte Stellenzahl.
4. Die Verwaltung ermittelt und benennt vor der 1. Lesung den bereits heute erforderlichen Raum- und Flächenbedarf, der erforderlich wäre, um Abhilfe für die bereits heute mangelhaften Flächen-, Raum- und Arbeitsplatzsituationen zu schaffen.
5. Die Parameter für diese Berechnung und die Berechnungsformel für Raum- und Flächenbedarfe werden benannt.
6. Die Verwaltung stoppt den Verkauf von städtischen Flächen im Areal Neckarpark. Städtische Flächen werden reserviert für die Beplanung
 - für die dringend notwendige Schaffung von Flächen, Raum und Arbeitsplätzen für städtische Mitarbeiter*innen
 - für den Bau von preisgünstigen Personal-Mietwohnungen und Wohnraum für Auszubildende.
7. Dem Gemeinderat sind sämtliche Grundstücks-Verkaufsfälle, bei denen ein städtisches Vorkaufsrecht geltend gemacht werden kann, zur Entscheidung vorzulegen.
8. Die Deckelung des Quadratmeter-Preises für Anmietungen von Liegenschaften für Büroräume städtischer Mitarbeiter*innen wird aufgehoben.

Begründung:


Die seit vielen Jahren immer größer werdende Kluft zwischen wachsenden städtischen Aufgaben und den vorhandenen Personalressourcen führt die Mitarbeiter*innen in eine krankmachende Dauerüberlastung. Und sie führt die Stadt in eine Situation der Handlungsunfähigkeit gegenüber den Bürger*innen, aber auch bei der Abarbeitung der eigenen, längst finanzierten Projekte wie z.B. der Schulhaussanierung.

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Auch Beschlüsse des Stadtrats, die mit Personalkapazitäten der Stadt verwirklicht werden müssen, werden damit auf die lange Bank geschoben. Die demografische Entwicklung verschärft diese Situation noch weiter: Ca. 50% der Mitarbeiter werden in den kommenden 10 Jahren ausscheiden.

Die Schaffung von Stellen in der von den Amtsleitungen beantragten Größenordnung ist deshalb eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um die fatale Entwicklung in die Handlungsunfähigkeit zu korrigieren. Dafür müssen vielmehr weitere große Schritte schnell umgesetzt werden:

- **Die Stadt muss die indiskutabel beengte Situation für heute Beschäftigte verbessern und Flächen und Raum zur Verfügung stellen.** Die Flächen im neu gekauften Gebäude Torstraße könnten schon jetzt – bevor überhaupt Arbeitskräfte eingezogen sind - wieder dreifach belegt werden. Selbst für den Nachwuchs gibt es keinen Platz: Auszubildende müssen sich häufig mit „Katzentischchen“ begnügen, weil kein Platz für weitere Schreibtische vorhanden ist und in manchen Bereichen können gar keine Azubis mehr ausgebildet werden, da hier noch nicht einmal mehr Platz für ein Ecktischchen ist.
- **Die Stadt muss für die dringend neu zu schaffenden Stellen Gebäude, Flächen und Raum schaffen bzw. zur Verfügung stellen.**
- **Die Stadt muss als Arbeitgeber signifikant attraktiver werden** als private und andere öffentliche Arbeitgeber. **Dafür braucht es u.a. ein Wohnungsangebot mit leistbaren Mieten für Auszubildende und städtisches Personal**, das der sog. „freie Wohnungsmarkt“ nicht bereithält.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Betreiberhaftung für Städtische Liegenschaften sicherstellen - 26,5 Stellen im Liegenschaftsamt schaffen

Wir beantragen:

1. Für das **Liegenschaftsamt (Amt 23)** werden – zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgesehenen Stellen – **26,5 Stellen geschaffen**, um allen im Zusammenhang mit der Betreiberhaftung anfallenden Aufgaben nachkommen zu können. Diese setzen sich zusammen aus:
 - 1.1 **12 Stellen für technische Hausverwalter*innen** (EG 9) (Sachgebiet 23-3) die gemäß der Forderung des Sicherheitsbeauftragten zur Einhaltung des Sicherheitskonzepts dringend geschaffen werden müssen sowie;
 - 1.2 **3 Stellen für den Technischen Mobilen Dienst** (EG 7) (Sachgebiet 23-3.3)
 - 1.3 **weiteren 6,5 erforderlichen Stellen** für
 - 1.3.1 eine VZ-Stelle Sachbearbeiter*in für Akquise (EG 11), Sachgebiet 23-2.1
 - 1.3.2 eine VZ-Sachbearbeiter-Stelle Vorkaufsrechte (EG 13) Sachgebiet 23-2.1
 - 1.3.3 zwei VZ-Stellen für Sachbearbeitung Wartungsverträge (EG 8), Sachgebiet 23-2.2
 - 1.3.4 0,5-Stelle Sachbearbeitung für administrative Aufgaben (A7) Sachgebiet 23-3.1 wegen erheblicher Arbeitsvermehrung
 - 1.3.5 sowie weitere Stellenanteile für diverse Aufgaben wie Sachbearbeitung Betriebskosten, Sachbearbeitung TRP, Schreibdienst etc. von insgesamt 2,0 Stellen (siehe Übersicht Stellenplananträge DHH 2020/21 Teilhaushalt 230)
2. **Wegfall kw-Vermerken bei den folgenden 6 Stellen**
 - 2.1. drei Stellen Sachbearbeitung Kita-Projekte (EG11) (Sachgebiet 23-3.1)
 - 2.2. einer Stelle Sachbearbeitung strategisches Flächenmanagement (EG 12) (Sachgebiet 23-3.1)
 - 2.3. eine Stelle Sachbearbeitung Wartungsverträge (EG 8) (Sachgebiet 23-3.1)

STADT ALS ARBEITGEBERIN



Begründung:

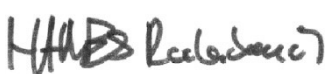
Alle oben angeführten Stellen wurden entweder auf Referatsebene oder in Budgetgesprächen nicht zur Schaffung vorgeschlagen, sind aber zwingend erforderlich für die Sicherheit der in städtischen Gebäuden arbeitenden und lebenden Menschen, zur Reduzierung der Haftungsrisiken der Stadt und für einen sorgsam und nachhaltigen Umgang mit dem städtischen Gebäudebestand.

Aufgrund jahrelanger Sparmaßnahmen ist die Funktionalität des Amts 23 unzureichend, was sich auf andere Ämter, wie z.B. die Bezirksrathäuser in den Außenbezirken ohne Hausmeister*innen-Stellen unmittelbar auswirkt. So müssen Beschäftigten in den Vorzimmern Hausmeister-Aufgaben übernehmen, ohne dass sie über die erforderlichen Kompetenzen verfügen oder es zu ihrem Aufgabenbereich gehören würde.

Ein Sicherheitsbericht des Sicherheitsbeauftragten für die Liegenschaften der Stadt Stuttgart ist nach unseren Informationen alarmierend und zeugt davon, dass sich viele Immobilien in einem Zustand mit hohem Risiko für die Nutzer*innen befinden, gesetzliche Vorschriften und Vorgaben zum großen Teil nicht erfüllt sind und bei vielen Immobilien noch nicht einmal der bauliche und sicherheitstechnische Zustand bekannt ist. Dies zeugt von einem Versagen der Verwaltungsspitze beim Immobilienmanagement.

Wenn viele dieser Stellen nicht geschaffen werden, ist die Betreiberhaftung unmittelbar davon berührt. Auch zum Schutz der unmittelbar betroffenen Beschäftigten darf es keinen weiteren Aufschub der Stellenschaffungen geben.

Ferner sind Themen der Energieeffizienz und die neue Energierichtlinie der Stadt für städtische Gebäude umzusetzen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

STADT ALS ARBEITGEBERIN



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sicherheit im Betrieb - 10 Stellen für die Gewerbeaufsicht

Wir beantragen:

3. 10 Stellen für die Gewerbeaufsicht im Amt für Umweltschutz zu schaffen

Begründung:

Hier besteht unabweisbarer Handlungsbedarf! Obwohl die gesetzlichen Richtlinien sogar einen Stellenbedarf von 20 bis 24 Stellen für die Gewerbeaufsicht vorsehen würden, wurde von der Verwaltung lediglich eine Stelle zur Schaffung vorgeschlagen. Diese Diskrepanz zeigt die außerordentliche Schieflage in der Stellenausstattung.

Um Sicherheitsmängel aufzudecken, die lebensrettend sein können, sind mindestens 10 Stellenschaffungen erforderlich. Außerdem dürfen Unternehmen, die von sich aus Sicherheitsvorschriften einhalten nicht gegenüber den ‚schwarzen Schafen‘ benachteiligt werden. Letztere sparen sich Kosten, indem sie Sicherheitsregeln missachten und haben dadurch Wettbewerbsvorteile. Solches Agieren muss unterbunden werden, indem verstärkte Kontrollen durch mehr Personal ermöglicht werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Schulverwaltungsamt stärken – Stellenschaffung für Sanierung, Digitalisierung, Immobilienverwaltung u.a.

Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:

1. 1,0 Stelle Personalsachbearbeiter/-in A 11 (lfd. 2455; zurückgestellt bis Personalbedarfsmessung)
2. 2,0 Stellen Sachbearbeitung A 13G Schulentwicklungsplanung Arbeitsvermehrung durch neue gesetzliche Vorschriften und der vom Gemeinderat beschlossenen Investitionsplanung (lfd. 2530, GRDRs 717/2017)

In den drei folgenden Positionen werden dringend erforderliche Stellen zur Umsetzung der „Digitalisierung der Schulen“ - IT Competence Center Schulen - beantragt.

3. 2,0 Stellen Ingenieur/in EG 11 Beschaffung von Lehr- und Lernmittel durch die Digitalisierung der Stuttgarter Schulen und Investitions- und Sanierungsprogramm wegen Arbeitsvermehrung (lfd. 2555, GRDRs 738/2018)
4. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 12 für IT-Management und Projektleitung aufgrund von Arbeitsvermehrung durch Ausbau der Digitalisierung der Schulen (lfd. 2545, GRDRs 738/2018)
5. 2,0 Stellen Sachbearbeitung EG 10 Arbeitsvermehrung durch Digitalisierung und insb. durch den Einsatz zusätzlicher mobiler Geräte (lfd. 2580, GRDRs 738/2018)

Die folgenden drei Stellen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Umsetzung des Schulsanierungsprogramms bzw. der Überbrückung der Zeit bis umfassendere Großsanierungen erfolgen können. Eine Einzelbetrachtung ist daher nicht zielführend, die Bereitstellung und der Unterhalt von Schulraum ist kommunale Pflichtaufgabe!

6. 1,0 Stelle Techniker/in EG 9b für technisches Gebäudemanagement (Sanitär- und Schwimmbadtechnik) (lfd. 2535)
7. 2,0 Stellen Sachbearbeitung EG 9a zur Rechnungsbearbeitung von Hausmeister-Kleinaufträgen (lfd. 2560)
8. 3,0 Stellen Sachbearbeitung A 12 Bauliches Gebäudemanagement (lfd. 2520)
9. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 10 zum Ausbau, Pflege und Koordination Wissensdatenbank für Gebäudemanagement für Schul- und Sportanlagen für die

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Schulhausmeister zur Erhöhung der Betreibersicherheit (Ifd. 2550; GRDRs 853/2013 und 937/2015)

10. 1,0 Stelle für Sachbearbeitung EG 9c zur Weiterentwicklung und Stammdatenpflege des CAFM-Systems für die Immobilienverwaltung (Ifd. 2565)
11. 0,5 Stelle für Sachbearbeitung Datenschutz A 12 wegen Arbeitsvermehrung durch die DSGVO (Ifd. 2570,
12. 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 11 zur Qualifizierung von Betreuungskräften für die Schulkindbetreuung (Ifd 2575, GRDRs 327/2017)
13. 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 12 Personalreferent/in für Schulhausmeister zum Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen (Ifd.2590)
14. 0,8 Stelle Sachbearbeitung A 12 Personalreferent/in für Betreuungskräfte zum Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen (Ifd. 2595)
15. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 12 Personalreferent/in für Schulsekretär/-innen und pflegerische Kräfte zum Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen (Ifd. 2600)
16. Für 1,4 Stellen von Schulsekretär/-innen EG 6 werden kw-Vermerke ausgesetzt (Ifd.2605)

Begründung:

Ad 1.

Eine Ablehnung der Schaffung dieser Stelle hat zur Folge, dass Stellen nicht zeitnah wiederbesetzt werden können. Unbesetzte Stellen wirken sich negativ auf die Aufgabenerledigung und auf die Leistungsfähigkeit der anderen Sachgebiete im Amt aus. Das Sachgebiet Personal und Organisation hat hier eine Schlüsselfunktion im Amt. Die derzeitige Arbeitssituation führt dazu, dass Höchstarbeitszeitgrenzen und Pausenzeiten nicht eingehalten werden können und bereits Überstunden im hohen dreistelligen Bereich entstanden sind.

Ad 2 und 3)

Arbeitsvermehrung wegen Investitionsprogramm Schulsanierung und z.T. Digitalisierung.

Ad 3, 4 und 5)

Ohne Schaffung der genannten Stellen kann das vom Gemeinderat beschlossene und bereits im aktuellen Doppelhaushalt 2018/2019 mit finanziellen Mitteln versehene Investitionsprogramm zur Digitalisierung der Stuttgarter Schulen mit allen negativen Auswirkungen für die Schulen sowie die Landeshauptstadt Stuttgart nicht im erforderlichen Umfang vorangebracht werden. Da die Bildungspläne des Landes Medienbildung in Schulen als Bestandteil aller Schulfächer vorsehen, kann folglich nicht an allen Stuttgarter Schulen bildungsplangemäßer Unterricht stattfinden

Ad 6)

Ohne Schaffung der genannten Stelle ist der sichere Betrieb der technischen Gebäudeausrüstung der Schulgebäude und Schulsportanlagen nicht gewährleistet. Dies bedeutet, dass Gefährdungen für Schüler/-innen und Lehrer/-innen, Schäden am Gebäude sowie längerer Ausfall oder Sperrungen von Liegenschaften oder Fachräumen, u.a. auch Lehrschwimmbekken, mangels personeller Ressourcen künftig nicht mehr ausgeschlossen werden können.

Ad 7)

Alleine im Zeitraum vom 1.6.18 bis 31.12.18 wurden ca. 2.700 Kleinaufträge bearbeitet. Auf ein Jahr hochgerechnet ergeben sich damit rund 4.600 Kleinaufträge. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Kleinauftrag beträgt 30 Minuten. Im Jahr kommt man damit auf

STADT ALS ARBEITGEBERIN

ca. 2.300 Stunden für die Auftragsbearbeitung. Ausgehend von 1.571 Jahresarbeitsstunden für Beschäftigte ergibt sich ein notwendiger Stellenanteil' von rd. 1,5 Stellen.

Es ist absehbar, dass die Anzahl der Kleinaufträge noch deutlich weiter ansteigt. Zum einen gibt es einen Gebäudezuwachs durch Neu- und Erweiterungsbauten, zum anderen steigt aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung des Schulbauinvestitionsprogrammes die Notwendigkeit, mit Kleinmaßnahmen den Schulbetrieb weiter aufrecht zu erhalten.

Wegen der starken Zunahme des Arbeitsumfanges bei der Rechnungsbearbeitung der Kleinaufträge ist eine Stellenschaffung unumgänglich. Nur so sind die ordnungsgemäße Abwicklung und Kontrolle des Zahlungsverkehrs sowie eine rasche Überweisung an Dienstleister und Lieferanten sichergestellt.

Ohne Schaffung der genannten Stellen können Kleinaufträge künftig mangels Kapazitäten zur Rechnungsbearbeitung nicht mehr in bisherigem Umfang durchgeführt werden. Die Instandhaltung der Schulgebäude — gerade im Hinblick auf besonders dringliche zur Aufrechterhaltung der Nutzbarkeit von Räumen erforderliche Maßnahmen — kann nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden.

Ad 8)

Die Fallzahlen für die Schaffung von 3,0 Stellen für das **bauliche Gebäudemanagement** wurden mittels rechnerischen Nachweises und unter Verwendung realer Zahlen hinreichend belegt. Es ist daraus ersichtlich, dass ein deutlich gestiegenes Arbeitsvolumen mit einem seit 2010 unveränderten Personalbestand abgearbeitet werden muss. So wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Schulgebäude neu gebaut oder erweitert, ohne dass für die Betreuung dieser Gebäude im Bauunterhalt ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen geschaffen wurden.

Aufgrund des Sanierungsstaus der Stuttgarter Schulen (Streckung des Schulsanierungsprogramms bis 2026) und zur Überbrückung der Zeit bis zum Beginn der Maßnahmen im Rahmen des Schulsanierungsprogramms müssen zur Sicherung des Schulbetriebs verstärkt Kleinmaßnahmen vom Schulverwaltungsamt beauftragt werden.

Ohne Schaffung von personellen Ressourcen ist künftig eine Betreuung und Unterhaltung aller Schulgebäude, insbesondere der in den vergangenen Jahren neu gebauten Gebäuden nicht sichergestellt. Kleinmaßnahmen können nicht ausreichend umgesetzt werden.

Ad 9)

Ohne die Schaffung der gesamten Stelle zur **Pflege der „Wissensdatenbank Gebäudemanagement für Schul- und Sportanlagen“** sind sowohl zwingend erforderliche sicherheitstechnische Aufgaben als auch Teilelemente des Projektes Digital MoveS nicht umsetzbar. Der zwingend notwendige Transfer von fachlichen und organisatorischen Informationen zwischen 40-3 und den 250 Schulhausmeister/-innen, u. a. zu sicherheitsrelevanten Problemstellungen, Unterweisungsinhalten, Zuständigkeiten (z. B. zu den Themen Verkehrssicherheit, Brandschutz, Verhalten bei Gewaltvorfällen, Umsetzung der Trinkwasserverordnung) kann nicht ausreichend sichergestellt werden. Dies würde bedeuten, dass die Schulhausmeister/innen zwar mit der notwendigen Technik (Laptops) ausgestattet wären, eine geordnete und dauerhafte Sicherstellung der notwendigen und stets aktuellen Informationen aus der Innenverwaltung jedoch nicht gewährleistet wäre.

Ad10

Das Schulverwaltungsamt hat Aufgaben zur **Verwaltung der Immobilien** und bearbeitet das umfassende und komplexe Thema derzeit mit 1,5 Stellen. Der aktuelle Geschäftsbericht der **CAFM-AG** belegt, dass in den Feldern „Gebäudeplanbestand“ und „Architektur: Aufbau der Gebäude“ nahezu 100% sowie bei „Flächendaten nach DIN 277“ beinahe 80% erreicht worden sind. Da in Folge dessen hierfür rund eine Stelle mit der Pflege der umfangreichen Stammdaten gebunden ist, sind eine Weiterentwicklung des Systems und die Zielerreichung

STADT ALS ARBEITGEBERIN

in anderen Feldern nicht mehr möglich. Eine Erhöhung des Personalbestands um 1 Stellen ist zwingend erforderlich, um die Pflege der Stammdaten und die Weiterentwicklung des Systems zu gewährleisten. Auch in der o.g. Vorlage zu Digital MoveS wird in der Anlage 2, Seite 17, Nr. 1, CAFM als wichtiger grundlegender Bestandteil der Umsetzung aufgeführt. Eine Ablehnung der Stellenschaffung steht meines Erachtens im Widerspruch zu dieser Strategie und verzögert einen zügigen Ausbau dieser Anwendung weiter.

Ad 11)

Datenschutzangelegenheiten konnten beim Schulverwaltungsamt bisher nur in sehr geringem Umfang bearbeitet werden, da hierfür in der Vergangenheit keine eigenen Stellenanteile zur Verfügung stehen. Aufgrund der besonderen Konstellation bzgl. Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten unterschiedlicher Zuständigkeiten von Land und Schulträger, gestaltet sich die datenschutzrechtliche Bearbeitung äußerst komplex. Die Umsetzung der Vorgaben der DSGVO sowie weiterer neuer gesetzlichen Vorschriften einer teilweise geteilten Dienst- und Fachaufsicht beim städtischen Personal sowie einer Vielzahl an Akteuren im schulischen Betrieb sind die Fallkonstellationen im Bereich Datenschutz äußerst vielfältig. Dies hat eine Arbeitsvermehrung zur Folge, die nicht mehr ohne zusätzliche Personalkapazitäten bewältigt werden kann, ohne Schaffung der beantragten Stelle kann aufgrund der schwierigen komplexen Situation eine vollständige Umsetzung der Vorgaben der DSGVO im Schulbereich nicht sichergestellt werden. Gerade bei sensiblen Daten ist dies äußerst bedenklich.

Ad12)

Wenn diese Stelle abgelehnt wird kann das Fortbildungsprogramm im derzeitigen Umfang nicht weiter angeboten werden. Die Möglichkeit der Gewinnung von Fachkräften für die Schulkindbetreuung mittels Nachqualifizierung entfällt somit zukünftig. Die ohnehin angespannte Bewerberlage im Bereich der pädagogischen Kräfte wird sich hierdurch weiter verschärfen.

Ad 13, 14, 15)

Ohne diese Stellen können die zwischen Verwaltung und GPR in der DV geforderten Mitarbeiterjahresgespräche nicht durchgeführt werden. Abgesehen davon, dass diese Negierung der Mitarbeiterjahresgespräche eine Benachteiligung und Diskriminierung ganzer Berufsgruppen ist, zeigen sich mittlerweile gravierende nachteilige Auswirkungen. So gab es Mitteilungen aus dem Bereich der Schulsekretariats-Mitarbeiterinnen, die aus der besonderen Vorortsituation im Zusammenspiel zwischen städtischem Personal und den Landesbediensteten (vor allem den Schulleitern), dringend um ein MJG bitten. Nach dem jetzigen Stand muss das Schulverwaltungsamt die Gesprächsanfragen der Hausmeister, Pflege-, Schulsekretariats- und Betreuungskräfte mangels fehlender Ressourcen weiterhin ablehnen.

Ad 16)

Da der Masterplan abzuwarten ist, muss davon ausgegangen werden, dass die KW-Vermerke so lange verlängert werden, bis der Masterplan erstellt ist. Es ist davon auszugehen, dass der Masterplan aufgrund Personalengpässen im SG „Schulentwicklungsplanung“ nicht bis 31.12.2019 erstellt werden kann. Eine Verlängerung der KW-Vermerke über diesen Zeitraum hinaus ist deshalb notwendig.

STADT ALS ARBEITGEBERIN



Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellenanträge für das Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:

1. Insgesamt 5,0 Stellen für Projektingenieure/innen EG12 zur Umsetzung des Investitionsprogramms für Schulbauten mit Außenanlagen ohne kw-Vermerk (lfd. 4380; GRDRs 634/2019) *(Im Verwaltungsvorschlag sind nur 2 Stellen vorgesehen)*
2. Insgesamt 8,0 Stellen für Landschaftsgärtner/innen EG 7 (lfd. 4401; GRDRs 477/2019) *(Im Verwaltungsvorschlag sind nur 4,0 Stellen aufgenommen)*
3. 1,0 Stelle Verfahreningenieur/in EG 12 für die Betriebsleitung Krematorium (lfd. 4420)
4. 1,0 Stelle Bestattungsordner/in EG 8 im städtischen Bestattungsdienst (lfd. 4425; GRDRs 490/2019)
5. 5,0 Stellen Totengräber/innen EG 3 für die Friedhofsbetriebe (lfd. 4450)
6. 1,0 Stelle Maschinenführer/in EG 6 für die Stadtgärtnerei und den Kompostbetrieb (lfd. 4445)
7. 0,6 Stelle Sachbearbeitung A 11 im Bereich Liegenschaften und Recht für die Bearbeitung von Rechtsfällen (lfd. 4500)

Begründung:

Ad 1)

Das Schulverwaltungsamt hat eine Vielzahl von Bauvorhaben zu bearbeiten, die sowohl Neu- als auch Erweiterungsbauten umfassen. Mit der im Hochbauamt zum Doppelhaushalt 2018/2019 erfolgten Personalaufstockung zur Bearbeitung von Schulbauvorhaben, die in der Regel auch eine Anpassung oder komplette Neugestaltung der Außenanlagen mit sich ziehen, wird nachweislich bereits heute als auch zukünftig eine erhöhte Zuarbeit von Amt 67 erforderlich sein. Dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt ist es bei gleichbleibendem bzw. zu Anfang 2020 verringertem Personalbestand, wenn vorhandene KW-Vermerke umgesetzt werden, nicht möglich, die erforderliche Zuarbeit zur Realisierung der Gesamtmaßnahme vollumfänglich zu leisten. Aufgrund mehrjähriger Bearbeitungszeiten bei einer Baumaßnahme, können derzeit ausgelastete Mitarbeiter/innen keine neuen Bauvorhaben bearbeiten. Je nach Art des Projektes liegen die Bearbeitungszeiten bei ca. 3 bis 9 Jahren in Abhängigkeit von Bauabschnitten und umzusetzenden Bauvolumina. Diese Stellen werden

STADT ALS ARBEITGEBERIN

daher dringend benötigt, um das Investitionsprogramm des Schulverwaltungsamts inklusive der Außenanlagen umzusetzen.

Ad 2)

Die acht Stellen für Landschaftsgärtner/innen sind erforderlich, da es erklärtes Ziel ist, dass der Eigenanteil bei baulichen und landschaftsgärtnerischen Tätigkeiten steigen soll. Zudem sind diese Stellen erforderlich, wenn der Anspruch besteht, mehr urbanes Grün in der Stadt zu schaffen, mehr Bäume zu pflanzen und diese in der Folge auch zu pflegen. Es darf nicht nur bei großen Schlagzeilen zur Klimawende bleiben, es braucht Personal vor Ort, um die großen Klimaziele umzusetzen.

Ad 3)

Die Betriebsleitung wird bisher in Personalunion durch den Oberaufseher des Pragfriedhofs wahrgenommen. Die Aufgabe wird umfangreicher und komplexer durch eine Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften (Trinkwasserverordnung, Brandschutzrichtlinien, Betriebssicherheitsverordnung, Betreiberpflichten).

Ad 4)

Der städtische Bestattungsdienst beschäftigt derzeit vier Mitarbeiter*innen, welche sowohl hoheitliche Bestattungsaufgaben (ordnungsbehördliche Bestattungen) bearbeiten als auch gewerbliche Aufgaben (Vermittlung von Bestattungsleistungen inklusive dem Abschluss von Vorsorgeverträgen). In den letzten 2 ½ Jahren haben sich die Bestattungsfälle incl. Anordnungen und Vorsorgen deutlich erhöht (2016 ca. 340 angeordnete Bestattungsfälle; 2018 ca. 420 angeordnete Bestattungsfälle). Trotz personeller Umschichtungen und organisatorischer Anpassungen konnte in diesem Bereich keine Entschärfung der Arbeitssituation erreicht werden. Viele Beratungsgespräche konnten aufgrund von hohen Krankheitsausfällen nicht angenommen und durchgeführt werden. Alleine im Jahr 2018 wurden ca. 70- 80 Beratungsgespräche aufgrund der vorhandenen Überlastung nicht durchgeführt und die betroffenen Bürger mussten abgewiesen werden.

Ad 5)

Eine Aufstockung der Totengräber-Stellen ist erforderlich, da es sich bei dieser Arbeit um eine körperlich sehr belastende Tätigkeit handelt und das Durchschnittsalter der derzeit Beschäftigten mit ca. 55 Jahren vergleichsweise hoch ist. Um die dadurch vermehrt alters- und krankheitsbedingten Ausfälle aufzufangen, werden diese Stellen dringend benötigt.

Ad 6)

Die Öffnungszeiten der Hackschnitzelanlage inklusive an zwei Samstagen im Monat können nicht abgedeckt werden, wenn die Stelle nicht geschaffen wird.

Ad 7)

Viele Aktivitäten des Gartenbau-, Friedhof- und Forstamts unterliegen – wie in vielen andere Bereichen heutzutage üblich – einer überaus kritischen und streitbaren Beobachtung und Betrachtung durch Bürger/innen und sonstige Betroffene. Im Bereich Liegenschaften und Recht macht sich dies in einer erheblichen Arbeitsvermehrung durch Geltendmachung von Schadensersatzansprüche bemerkbar. Zugleich kommen neue Aufgaben wie Landnahmen, Jagdgenossenschaften und anderes hinzu.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Unbefristete Stellen für den Klimaschutz – alle Stellen aus GRDRs 975/2019 in den Stellenplan übernehmen


Wir beantragen:

1. Alle Stellen aus dem Aktionsplan Klimaschutz – Verwendung des Klimaschutzfonds (GRDRs 975/2019) werden im Stellenplan OHNE kw-Vermerk als unbefristete Stellen übernommen.

Begründung:

Klimaschutz ist eine Zukunftsaufgabe, die länger als die nächsten vier Jahre läuft. Befristete Stellen zu besetzen, stellt für viele Bewerber*innen ein Einstellungshindernis dar – angesichts der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt muss die Stadt – wenn sie die Stellen vor allem im technischen Bereich besetzen will – mindestens unbefristet ausschreiben.

Der Mittelbedarf aus GRDRs 975/2019 für die Stellen wird auf 13,311 Mio. Euro (ohne Tariffortschreibung) beziffert.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Personalbedarf für Relaunch der Stuttgarter Website

Wir beantragen:

1. Eine VZ-Stelle für die Online-Redaktion bei L/OB-K in EG13 zur dauerhaften Bereitstellung und Weiterentwicklung der Website im Zusammenhang mit dem Relaunch.

Begründung:

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellenschaffungen Bezirksamt Vaihingen

Wir beantragen:

1. Eine unbefristete halbe Stelle in EG 7 Sachbearbeiter/-in Bürgerinfo ab 2020
2. Eine unbefristete ganze Stelle in A10 Sachbearbeiter/-in Allgemeine Verwaltung ab 2020

Begründung:

Der Stadtbezirk Vaihingen wächst konstant. Grund für den anhaltenden Bevölkerungszuwachs sind die zahlreichen Neubau- und Entwicklungsprojekte im Stadtbezirk. Große Veränderungen erlebt Vaihingen auch durch die Universität und die Hochschule der Medien im Feld des studentischen Wohnens. Die steigende Einwohneranzahl, die Begleitung der umfangreichen Neubau- und Entwicklungsprojekte, sowie zusätzliche Aufgaben des Bezirksvorstehers ist mit der aktuellen Stellensituation nicht mehr zu bewerkstelligen.

Die Statistiken der vergangenen Jahre zeigen, dass der Stadtbezirk Vaihingen konstant wächst. Zwar hat die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2000 nahezu stagniert, diese nimmt aber seit 2005 regelmäßig zu. Waren es im Jahr 1993 noch 42.000 Einwohner in Vaihingen, so wurde 2018 die 46.000 Einwohner-Marke überschritten. Wir verzeichnen einen monatlichen Zuwachs. Diese steigende Einwohnerzahl wirkt sich auf die Aufgaben der Allgemeinen Verwaltung aus. Allein die rund jährlich 130 Altersjubiläen im Stadtbezirk benötigen addiert drei Wochen Arbeitszeit des Bezirksvorstehers und seiner Stellvertreter.

- Besonders die **Bauprojekte** bringen viele zusätzliche Aufgaben mit sich. Als Beispiele seien die Ansiedelung der beiden Unternehmen Allianz (seit 2017) und Daimler (vermutlich bis 2020), die Entwicklung des Eiermann-Areals als mögliches IBA-Projekt (bis 2027, Planung bereits ab 2018), Entwicklung des Gebiets südöstlich des Bahnhofs Vaihingen als mögliches IBA-Projekt (bis 2027, Planung bereits ab 2018, sowie die beiden Sanierungsgebiete Vaihingen 3 (Dürrolewang) und Vaihingen 4 (Vaihingen Mitte, voraussichtlich bis 2023) oder die Entwicklung des Schulcampus genannt. Im Zusammenhang mit den Vorhaben finden Bürgerbeteiligungen und Informationsabende des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, aber auch Informations- und Ausspracheabende des Bezirksbeirats und seiner Ausschüsse statt.

STADT ALS ARBEITGEBERIN

- Die Neubau- und Entwicklungsprojekte bringen regelmäßig lange Tagesordnungen des Bezirksbeirates mit sich, da das Gremium zu allen den Stadtbezirk betreffenden Themen zu hören ist und die Bezirksbeiräte aufgrund der auch in der Öffentlichkeit teilweise kontrovers diskutierten Themen einen hohen Informationsbedarf haben. Deshalb bringt der Bezirksbeirat seinerseits eine große Anzahl von Anträgen an die Verwaltung ein. So wurden in den Jahren 2016 bis 2018 141 Anträge aus den Reihen des Bezirksbeirats verhandelt und durch die Verwaltung bearbeitet.
- Wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, ist die Anzahl der Themen nicht mehr im monatlichen Rhythmus abzuarbeiten, weshalb ein Bedarf an zusätzlichen Sitzungsterminen notwendig ist. Grundsätzlich sind elf Sitzungstermine im Jahr vorgesehen (Sommerpause im August). Die Statistiken seit 2011 zeigen, dass diese Anzahl nicht ausreicht: Im Schnitt werden seither jährlich 14 Bezirksbeiratssitzungen durchgeführt, im Jahr 2017 waren es sogar 18 Sitzungen. Allein im Januar 2019 ist der Vaihinger Bezirksbeirat bereits zu vier Sitzungen eingeladen. Die Vor- und Nachbereitung dieser Sitzungsanzahl ist momentan personell nur schwer möglich.
- Auch die Einführung des Bezirksbudgets brachte für das Bezirksamt einen deutlichen Mehraufwand. In diesem Zusammenhang lässt sich erkennen, dass je größer der Stadtbezirk ist, umso mehr Projekte, Anträge und Bewilligungsbescheide, sowie zahlungsrelevanten Vorgänge kommen auf die Mitarbeiterinnen des Bezirksamts zu. Weiterhin werden Projektideen des Bezirksbeirats in der Ausführung durch das Bezirksamt begleitet und teilweise sogar umgesetzt.
- Pilotprojekte der Stadtverwaltung, wie „Trotz-Alter“ oder die „Nette Toilette“, werden in Vaihingen erprobt. Alle zwei Jahre wird der Bürgerhaushalt begleitet, es findet ab 2019 zusätzlich zur Informationsveranstaltung eine Diskussionsveranstaltung statt. Der Stadtbezirk wurde erneut mit dem Siegel „Fairtrade Stadt“ ausgezeichnet. Allein diese Aufgabe ist mit jährlich 100 Stunden (6 Treffen der Steuerungsgruppe, 5 Treffen der regionalen Arbeitsgruppe, sowie eine größere Veranstaltung im Jahr) einzuplanen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:
 Datum: Uhrzeit:
 Eingang bei: 10-2.1
 Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Stellenantrag Bezirksamt Möhringen

Wir beantragen:

1. Eine unbefristete ganze Stelle Sachbearbeiter/-in Allgemeine Verwaltung in A9 gD ab 1.1.2020

Begründung:

Zu nennen ist, dass im Bereich der Sozialhilfe die Qualitätssicherung seit 2011 an Tiefe und Umfang zugenommen hat. Auch die Fallzahl in diesem Bereich sowie der rechtlich abzuklärende Umfang (z.B. Vermögen, Vermögen im Ausland) hat sich kontinuierlich gesteigert. Im Bereich der Allgemeinen Verwaltung sind dazu Aufgabenfelder ohne Stellenausgleich hinzugekommen, z.B.:

2018: Bezirksbudget (geeignete Projekte ausloten, vorab Klärung mit Fraktionssprechern, Absichtsbeschluss, Ämter/Umsetzung, Umsetzungsbeschluss (Überwachung)

2018: Nette Toilette (Umsetzung vor Ort, Ansprechpartner)

2017: Durchführung der Mitarbeiterjahresgespräche

2017: Einstellen der Anträge und Anfragen des Bezirksbeirates ins KSD sowie der Stellungnahmen durch die Fachämter. Hier ist anzumerken, dass die Stellungnahmen in der Regel nicht per Worddatei zugeleitet werden (wie vorgesehen), sondern ausschließlich in Papierform. Somit ist das Einpflegen ins Programm KSD umständlich und zeitaufwendig.

2017: Flüchtlingsunterkunft Ehrlichweg – Aufbau eines Helferkreises

2015: Bürgertreff Fasanenhof (wird von der Mitarbeiterin aus dem Bürgerhaus mitbetreut); allerdings für die BV ebenfalls ein Mehraufwand, da im anderen Stadtteil gelegen

2015: Kinderfreundliches Stuttgart -> Kinder- und Jugendstadtplan: Erstellen und regelmäßig aktualisieren, Kinderbeteiligung im Bezirk ausbauen

2014: Bürgerhaushalt; Abwicklung erfolgt über die Allg. Verwaltung vor Ort, dazu muss eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden, ab 2018 zusätzlich eine weitere Diskussionsveranstaltung (insgesamt 2)

2014: Flüchtlingsunterkünfte in Möhringen, Aufbau eines Freundeskreises


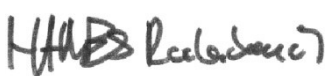
STADT ALS ARBEITGEBERIN

2012: Fairtrade: Leitung der Steuerungsgruppe, Verantwortlich für die Zertifizierung, Re-Zertifizierungen, Flyer aktualisieren, damit zusammenhängend auch den Inhalt des Internets/Solid

2008: Jugendrat (Kandidatensuche, Wahldurchführung (von der Datenpflege bis zum Plakatentwurf und dessen Verteilung, Jugendratsbetreuung oder Projektgruppenbegleitung, Sitzungen, zusätzliche Termine, rechtliche Abklärung von Aktionen/Veranstaltungen)

2008: Bürgerhaus Möhringen (Stelle vor Ort, allerdings für die BV ein Mehraufwand, da sich der Einzelarbeitsplatz der Mitarbeiterin nicht beim Bezirksamt befindet, Transport von Material und Post, Unterschriften...)

Dazu ist dem Bezirksbeirat und der Verwaltung das Thema Barrierefreiheit im Bezirk sehr wichtig. Dazu haben in Möhringen bereits zwei Begehungen stattgefunden. Bei der Begehung in 2017 wurden im abgegangenen Bereich Mängel/Verbesserungsmöglichkeiten festgestellt. Dass deren Behebung erfolgt oder eine mögliche Behebung geprüft wird, wird durch das Bezirksamt bei den Fachämtern nachgehalten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Prüfauftrag und Antrag für Personalwohnungen für die Stuttgarter Feuerwehr

Wir beantragen:

1. Eine Kostenschätzung der Verwaltung für die Errichtung/Verfügbarmachung von 200-300 Personalwohnungen für Angehörige der Stuttgarter Feuerwehr und
2. die Einstellung der nötigen Mittel in den DHH 2020/2021 und die folgenden Jahre

Begründung:

Der Stadtfeuerwehrverband Stuttgart e.V. sieht die Lage des Wohnens für Feuerwehrangehörige, insbesondere der freiwilligen Feuerwehr, die mehr als die der Berufsfeuerwehr in der Nähe ihrer Feuerwache wohnen sollten, sehr kritisch und empfiehlt die Bereitstellung von 200 bis 300 Personalwohnungen in Stuttgart für diesen Personenkreis.

Bisher wurde nicht einmal die Dringlichkeit dieser Frage von der Verwaltung anerkannt, dabei gehen regelmäßig Angehörige der freiwilligen Feuerwehr durch Umzug ins oft günstigere Umland verloren und schwächen so unnötig den Personalbestand der freiwilligen Feuerwehr in Stuttgart, die die Fläche der Landeshauptstadt betreut (22 freiwilligen Feuerwehrhäusern stehen nur 5 Berufsfeuerwachen gegenüber) und insgesamt die Stadt dadurch finanziell entlastet.

Ob dies über die SWSG abgewickelt wird oder die Stadt einfach Optionen wie im ehemaligen Kälte-Fischer-Areal in Untertürkheim selbst wahrnimmt, um solche Wohnungen zur Verfügung zu stellen, kann im Einzelfall entschieden werden.

Diese Maßnahme ist natürlich nicht als singulär anzusehen, da die generelle Wohnungslage in Stuttgart äußerst angespannt und damit für viele Mitarbeiter der LHS schwierig ist und dieser bisher nur beim Klinikum Stuttgart mit Personalwohnungen in einem gewissen Umfang begegnet wurde.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

STADT ALS ARBEITGEBERIN



Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

13,5 Stellen für die Außenkantinen

Wir beantragen:

4. Für die Außenkantinen werden 13,5 Stellen geschaffen

Begründung:

Es kam in der Vergangenheit zu knapp 300 Schließtagen und es mussten an 361 Tagen in den 12 Außenkantinen Leiharbeitskräfte eingesetzt werden. Zudem wurden Beschäftigte gehäuft aus anderen Kantinen abgezogen, um Engpässe zu überbrücken. Diese Zahlen veranschaulichen dringenden Handlungsbedarf.

Angesichts dieser erheblichen personellen Lücken ist ein qualitativ besseres Essensangebot undenkbar, was aber gerade für Beschäftigte, die körperlich anstrengende Tätigkeiten ausüben, besonders wichtig wäre.

Wir unterstützen mit diesem Antrag den Initiativantrag des Gesamtpersonalrats zur Schaffung von 13,5 Stellen in den Außenkantinen vom 16.5.2019. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 5,5 Stellen reichen überhaupt nicht aus, um ohne Leiharbeit und Fremdeinsatz des Personals den Kantinenbetrieb aufrecht zu erhalten, geschweige denn für ein besseres Essensangebot für die überwiegend gewerblich-technischen Mitarbeiter*innen zu sorgen, deren Arbeit dadurch auch höhere Wertschätzung erhalten würde.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Faktorisierung von Kinderzahlen bei der Eingruppierung von Kita-Leitungen


Wir beantragen:

1. Die Faktorisierung der Kinderzahlen bei der Eingruppierung von Kita-Leitungen im Kleinkindbereich mit dem Faktor 2, damit die vermehrten Aufgaben von Leitungen besser berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Eingruppierung von Kita-Leitungen richtet sich bislang ausschließlich nach der Anzahl der aufgenommenen Kinder in einer Einrichtung. Hierfür gelten Schwellenwerte für die nächsthöhere Eingruppierung, die bei 40, 70, 100, 130 und 180 Kindern liegen. Berücksichtigt werden weder Anzahl der Mitarbeiter*innen noch die Fülle der Aufgaben. Dies führt zu ganz erheblichen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten, die dem originären Aufwand der Leitungen je nach Altersstruktur und Öffnungszeiten nicht mehr gerecht werden. In den letzten Jahren werden diese Ungleichheiten besonders prekär durch die Veränderungen im Schulkinderbereich, durch den Ausbau der Ganztagesbetreuung und durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Aufgrund der kleineren Gruppengröße im Kleinkindbereich sinken die Kinderzahlen, während die Anzahl der Mitarbeiter*innen ebenso steigt wie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten bei den Leitungen.

Der örtliche Personalrat des Jugendamts schlägt zur Lösung des Problems eine Faktorisierung der Kinderzahlen vor, die im Kleinkindbereich mit dem Faktor 2 die vermehrten Aufgaben von Leitungen besser berücksichtigt. Dies ist eine wichtige Maßnahme der Personalgewinnung und Personalerhaltung in dem umkämpften Markt von Erzieher_innen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellen für Personalgewinnung und –erhaltung und Leitungskräfte in Teilzeit stärken

Wir beantragen:

3. Es werden folgende Stellen zur Personalgewinnung und –erhaltung (s.a. GRDRs 187/2019) geschaffen. Neben den von der Verwaltung bereits vorgeschlagen acht Stellen – werden zusätzlich geschaffen:
 - 1.1. 0,5 Stelle EG 11/A 12 Sachbearbeitung zur Ausbildungscoordination beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt (Amt 67) (lfd. Nr. 4340 in Querliste)
 - 1.2. 0,5 Stelle EG 10/A11 Koordination und Redaktion Mitarbeiterportal beim Haupt- und Personalamt (Amt 10) (lfd. Nr. 515)
 - 1.3. 2 Stellen in A 13 als Stellenanteile für die Umsetzung überlappender Stellenbesetzung bei geteilter Leitung und zur Umsetzung ständiger Leitungsververtretungen wie von der paritätischen AG Chancengleichheit einvernehmlich vorgeschlagen wurde (nicht in Querliste, daher keine lfd. Nr.)
 - 1.4. 0,3 Stellenanteil Sachbearbeiter*in EG 8 (Amt 10-5.2) im Personalservice zum Ausbau der betrieblichen Kinderbetreuung geschaffen, da die Arbeitsvermehrung von 18 Prozent nur sehr knapp unter dem Stellenplankriterium 3 liegt.
2. Es werden 2 Schriftführerstellen (A10) bei Amts 10 für die Protokollierung gemeinderätlicher Gremien und weiterer Ausschüsse beantragt; (Stellenplannr. 935)

Begründung:

Zu 1.1.

Aus GRDRs 187/2019: „Im Garten-, Friedhofs- und Forstamt (Amt 67) werden derzeit in 4 verschiedenen Ausbildungen (Forstwirt, Gärtner im Garten- und Landschaftsbau, Land- und Baumaschinenmechatroniker, Gärtner im Zierpflanzenbau) über 30 Azubis gleichzeitig ausgebildet. Um die Ausbildungsbereiche besser zu vernetzen und die einheitliche Ausbildungsqualität sicherzustellen, sollte eine Ausbildungskoordinatorin/ein Ausbildungskoordinator installiert werden. Dieser stellt die Verbindung zur gesamtstädtischen Ausbildungsstruktur her und ist für übergreifende Themen wie Marketing, Auswahlverfahren, Qualifizierung und

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Grundsatzfragen zuständig. Darüber hinaus übernimmt sie/er die Koordination der Themenfelder Weiterqualifizierung und Fortbildung für alle MA des Amtes und stellt die Verbindung von Ausbildung und interner Personalentwicklung her.

Zu 1.2.

Im Haupt- und Personalamt (Amt 10) wird eine Vollzeitstelle für die Redaktion des Mitarbeiterportals SOLID benötigt.

SOLID ist das Intranet der LHS und damit ein sog. Mitarbeiterportal. Es ist ein wichtiges Medium, um die Arbeitgebermarke und alle Programme, Angebote und Konzepte für die Beschäftigten zu transportieren. Die Informationen müssen dort strukturiert und jederzeit auffindbar zur Verfügung gestellt werden, ebenso wichtig ist eine direkte Verlinkung zu internen Formularen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene 0,5 Stelle reicht bei Weitem nicht aus, das städtische Intranet als Mitarbeiterportal so aufzubereiten, dass alle Informationen strukturiert und jederzeit auffindbar sind und direkte Verlinkungen zu allen internen Formularen geschaffen werden können. Eine halbe Stelle kann diesen Anspruch nicht erfüllen und damit erst recht nicht eine inhaltliche und funktionale Erweiterung des Portals.

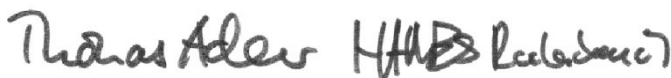
Für die Redaktion und Betreuung ist deshalb eine feste Vollzeit-Stelle notwendig. Diese sollte auch das Wissensmanagement (z.B. content) sowie den geplanten Chat des Servicecenters koordinieren, um so eine einheitliche und effiziente Umsetzung des Themas zu gewährleisten.

Zu 1.3.

Mit diesen Stellenanteilen sollen insbesondere Frauen, aber auch alle Teilzeit-Beschäftigten in Leitungsfunktionen gestärkt werden. Leitende Beschäftigte, die entweder aufgrund von Kindererziehung oder durch zu pflegenden Angehörigen ihren Beruf in Teilzeit ausüben, sollen damit unterstützt werden. Die Institutionalisierung von „Ständigen Vertretungen“ im Gegensatz zur praktizierten fallweisen Verhinderungs-Stellvertretung – sind für Leitungskräfte in Teilzeit sehr wichtig. So gilt bei der Stadt München das Konzept der Tandem-Leitung: für ursprüngliche eine Vollzeit-Leitungsstelle wird eine 120%-Stelle zur überlappenden Stellenbesetzung mit Übergabezeiten angesetzt. Der Einstieg zu so einem Konzept soll erprobt werden.

Zu 2.

Dass zu wenig Personal zur Protokollerstellung vorhanden ist, zeigt sich regelmäßig daran, dass Stadträt*innen Protokolle aufgrund der Arbeitsüberlastung häufig erst spät zugänglich gemacht werden können. Es liegt im Eigeninteresse der Stadträt*innen, dass hier Abhilfe geschaffen wird



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:
 Datum: Uhrzeit:
 Eingang bei: 10-2.1
 Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Stellenschaffungen bei der Branddirektion

Wir beantragen:

Die Schaffung der in der Tabelle aufgeführten Stellen für die Branddirektion:

Prio-rität	Stellenplananträge	Personalkosten	
		pro Jahr	Einmalig Dauerhaft
1	Umwandlung des ursprünglichen Stellenschaffungsantrags in 2 Stellenhebungen für den Bereich Rechtsaufsicht über den Rettungsdienst 1,0 Stelle A 15 → A 16 (Verwaltungsleitung) 1,0 Stelle A 11 → A 12 (SGL Kostenersatz und Recht) <input type="checkbox"/> ursprünglich gefordert zum kleinen Stellenplan 2018 als Stellenschaffung: 1,0 Stelle in A 12 - Sachbearbeitung Recht und Organisation <input type="checkbox"/> Begründung: Neue Aufgabe, haftungsrelevante Vorgaben <input type="checkbox"/> Synergieeffekt: Durch die Stellenhebungen ergibt sich für die LHS im Vergleich mit der ursprünglich beantragten Stellenschaffung eine Personalkosteneinsparung von rd. 75.000 € pro Jahr (wirtschaftliche Lösung!)	16.600 11.300	D D
2	1,0 Stelle A 12 SB Personal, Beurteilungswesen, Gesundheitsförderung <input type="checkbox"/> gefordert zum kleinen Stellenplan 2018 <input type="checkbox"/> Begründung: Arbeitsmehrung, haftungsrelevante Vorgaben	105.600	D
3	1,0 Stelle EG 8 Sachbearbeiter Personalservice / -statistik <input type="checkbox"/> gefordert zum Stellenplan 2018/2019 <input type="checkbox"/> Begründung: Bewerbermanagement, Statistikaufgaben	52.400	D

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Prio.	Stellenplananträge	Personalkosten	
		pro Jahr	Einmalig Dauerhaft
5	1,0 Stelle A 13 hD Presse- und Öffentlichkeitsarbeit <input type="checkbox"/> gefordert zum Stellenplan 2016/2017 und 2018/2019 <input type="checkbox"/> Begründung:Aufgabenvermehrung; insb. Soziale Medien Aufgabe wird derzeit komplett ohne Stellenanteile zusätzlich zu einer 100%-Stelle wahrgenommen <input type="checkbox"/> Stuttgart ist die einzige der zehn größten Städte in Deutschland, deren Feuerwehr in den Sozialen Medien nicht präsent ist! <input type="checkbox"/> Antrag wird durch L/OB-K befürwortet	114.800	D
8	1,0 Stelle EG 8 MA ZW Funk – Digitalfunk <input type="checkbox"/> Begründung:Neue Aufgabe – Einführung Digitalfunk	61.700	D
9/10	2,0 Stellen 9+Z Ausbilder Ausbildung BF + FF <input type="checkbox"/> Begründung:Arbeitsmehrung	91.300 je Stelle	D
12	1,0 Stelle A 11 SB Fahrzeugbeschaffungen <input type="checkbox"/> Begründung:Arbeitsmehrung	101.300	D
13	1,0 Stelle A 11 SB Dienstplanung <input type="checkbox"/> Begründung:Arbeitsmehrung	101.300	D
14/18	2,0 Stellen A 12 SB für komplexe bis hochkomplexe Sonderbauten <input type="checkbox"/> Begründung:Erhebliche Arbeitsvermehrung <input type="checkbox"/> hohe Fristüberschreitungen bei Sonderbauten	115.200 je Stelle	D
15/16	2,0 Stellen EG 8 MA Mobile Prüfgruppe (Elektr. Einsatzgeräte) <input type="checkbox"/> gefordert zum Stellenplan 2018/2019 <input type="checkbox"/> Begründung:Entlastung Ehrenamt	61.700 je Stelle	D
17	1,0 Stelle A 12 Sachbearbeiter Einsatzplanung <input type="checkbox"/> gefordert zum Stellenplan 2018/2019 <input type="checkbox"/> Begründung:Arbeitsmehrung, insb. durch komplexere Bedrohungslagen wie z. B. Amok- oder Terrorlagen, Massenanfall von Verletzten, Transport von hochkontagiösen Erkrankten	115.200	D
19	0,3 Stelle A 12 KLR, Gebührenkalkulation <input type="checkbox"/> Begründung:Neue Aufgabe, Arbeitsmehrung <input type="checkbox"/> refinanziert durch Mehreinnahmen	31.680	D
20	0,5 Stelle EG 8 Bürokräft für PR-Büro <input type="checkbox"/> gefordert zum Stellenplan 2016/2017 <input type="checkbox"/> Begründung:Anspruch aus LPVG	26.200	D

Sortierung der Stellenplananträge aufsteigend nach den vom Amt bei Antragstellung vergebenen Priorisierungen

STADT ALS ARBEITGEBERIN

Begründung:

Von **18,6 beantragten Stellenschaffungen** beinhaltet der **Verwaltungsvorschlag** entsprechend der Antragsliste zum Stellenplan 2020/2021 einschließlich der darin unter lfd. Nr. 2210 als „schaffungsgleicher Vorgang“ abgebildeten Verlängerung des KW-Vermerks der zum StPl. 2018 befristet geschaffenen A 11-Stelle für die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen insgesamt nur **4,8 Stellenschaffungen**.

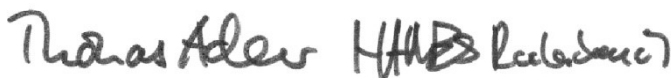
Ferner sind im Verwaltungsvorschlag **2 weitere Stellen** enthalten, deren **Schaffung zurückgestellt** ist bis zum **Abschluss der gesamtstädtischen Personalbedarfsbemessung**.

Nach der finalen Abstimmung zwischen den Referaten AKR und WFB und der Schlussabstimmung mit dem OB über das Gesamtkonzept Digital MoveS sind es somit noch **13,8 (bzw. 11,8) Stellenschaffungsanträge** der Branddirektion, die im **Vorschlag der Verwaltung** zum Stellenplan 2020/2021 **nicht bzw. noch nicht konkret berücksichtigt** wurden.

Die **Personalsorgen** der Branddirektion insbesondere im Bereich der feuerwehrtechnischen und allgemeinen Verwaltung des Amtes, **sind vor diesem Hintergrund weiterhin nicht gelöst!** Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten schon seit langer Zeit hart an der Belastungsgrenze. **Viele gesetzliche Aufgaben können nur oberflächlich oder gar nicht wahrgenommen werden.**

Aus diesem Grunde sind bei den obenstehend aufgelisteten offenen Stellenplananträgen **im Jahr 2020 Stellenschaffungen / -hebungen dringendst erforderlich!**

Die Öffentlichkeitsarbeit via sozialen Medien ist heute in allen größeren Städten außer Stuttgart Standard und erfüllt wichtige Kommunikationszwecke wie Faktenklärung, niederschwelliger Kontakt v.a. für jüngere, an der Feuerwehr potenziell interessierte Menschen usw.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellenantrag Bezirksamt Degerloch

Wir beantragen:

4. Eine **unbefristete halbe Stelle** Sachbearbeiter/-in **Allgemeine Verwaltung und Bürgerinformation** in A9 gD ab 2020

Begründung:

Im Bereich der Allgemeinen Verwaltung **sind Aufgabenfelder** ohne Stellenausgleich **hinzugekommen**, z.B.:

- 2018: **Bezirksbudget** (geeignete Projekte ausloten, vorab Klärung mit Fraktionssprecher*innen, Absichtsbeschluss, Ämter/Umsetzung, Umsetzungsbeschluss (Überwachung))
- 2017: Durchführung der **Mitarbeiterjahresgespräche**
- 2017: **Einstellen der Anträge und Anfragen des Bezirksbeirates ins KSD** sowie der Stellungnahmen durch die Fachämter.
- 2014: **Bürgerhaushalt; Abwicklung** erfolgt über die Allg. Verwaltung vor Ort, dazu muss eine **Informationsveranstaltung** durchgeführt werden, ab 2018 zusätzlich eine **weitere Diskussionsveranstaltung** (insgesamt 2)
Es stehen diverse **Bau- und Entwicklungsvorhaben** bevor wie Nachnutzung des Geländes der bisherigen Feuerwache 5 für AWS usw. sowie **Erweiterungen** bei den **Sporteinrichtungen auf der Waldau**.

Im Vergleich z.B. zu Untertürkheim, einem Bezirk vergleichbarer Einwohnerzahl, ist die Personalausstattung in Degerloch deutlich geringer.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

